

Jacob S. Eder, Holocaust Angst. The Federal Republic of Germany and American Holocaust Memory since the 1970s, Oxford University Press, Oxford/New York etc. 2016, XV + 296 S., geb., 22,99 £, auch als E-Book erhältlich.

Unter Fachkollegen in der Geschichtswissenschaft ist immer wieder die Auffassung zu hören, nur umfangreiche Dissertationen über mehrere hundert Seiten seien buchstäblich von Gewicht für die Disziplin. Dass zwischen dem Volumen und dem Erkenntnisgewinn einer Doktorarbeit aber keine proportionale Beziehung bestehen muss, beweist das Buch von Jacob Eder, das auf seiner an der University of Pennsylvania eingereichten Dissertationsschrift basiert. Auf gut 200 Seiten gelingt dem Autor eine in fünf thematisch-chronologische Kapitel gegliederte Darstellung des wechselvollen Verhältnisses von US-amerikanischer Holocaust-Erinnerung und bundesdeutscher Politik, wobei er sich vor allem auf Institutionen und Akteure konzentriert. Eder hat dazu erstmals zugängliche Akten aus dem Bundeskanzleramt ausgewertet, die ihm erst nach einem aufwendigen Antragsverfahren und langer Wartezeit zugänglich waren. Hinzu kommen vor allem Aktenbestände aus dem Auswärtigen Amt und dem United States Holocaust Museum (USHMM).

Mit dem gut gewählten, weil in englischer und deutscher Sprache gleichermaßen funktionierenden Titel »Holocaust Angst«, präsentiert Eder zugleich seine das Buch wie ein roter Faden durchziehende These: Die Befürchtung insbesondere der Regierung Kohl, die Erinnerung an den nationalsozialistischen Judenmord (für den sich die Bezeichnung »Holocaust« im Laufe des von Eder untersuchten Zeitraums sowohl in der Bundesrepublik, wie in den Vereinigten Staaten erst durchsetzte) könne das Ansehen Deutschlands in den USA so schädigen, dass seine Rolle als Bündnis- und Handelspartner davon nachhaltig beeinträchtigt werden könnte. Eder breitet aus den Quellen die zahlreichen Versuche der christdemokratisch dominierten Bundesregierung aus, der Holocaust-Erinnerung in den USA das Bild eines demokratisch gefestigten Deutschlands entgegenzusetzen, das einen verlässlichen und gut integrierten Partner des westlichen Bündnisses darstellt.

Als deutsche Diplomaten in den USA in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre erstmals von der gewachsenen Aufmerksamkeit der US-amerikanischen Öffentlichkeit für den Holocaust berichteten, ist ihren Depeschen neben Ratlosigkeit auch diese Sorge um das deutsche Image zu entnehmen. Aus diesem Grund ließ sich die Deutsche Botschaft in Washington von einer der ersten Holocaust-Konferenzen in den USA, die Ende 1977 in New York stattfand, einen detaillierten Bericht vom bundesdeutschen Konferenzteilnehmer Siegfried Bachmann, damals kommissarischer Direktor des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung und Professor in Braunschweig, anfertigen.

Die Regierung unter Helmut Schmidt reagierte auf die sich etablierende Holocaust-Erinnerung in den USA mit der Wiederbelebung der seit den 1950er-Jahren bestehenden, aber zwischenzeitlich abgeklungenen Beziehungen zum »American Jewish Committee« (AJC). Aus den Kontakten erwuchs schließlich ein von der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem AJC institutionalisiertes Austauschprogramm, das sich an »future leaders of the Federal Republic and the American Jewish Community« (S. 42) richtete und kurzfristig einen Gesprächskanal zwischen den Eliten der Bundesrepublik und der amerikanisch-jüdischen Gemeinschaft öffnen, langfristig ein Netzwerk zwischen beiden Gruppen etablieren sollte.

Dies sollte nicht die einzige Reaktion bleiben. Kurz nach der Ausstrahlung der TV-Serie »Holocaust« in den USA hatte Präsident Carter (1977–1981) im Jahr 1978 die »President's Commission on the Holocaust« eingesetzt und die Mitglieder der Kommission, darunter Holocaustüberlebende und Historiker, mit der Konzeption eines nationalen Gedenkmuseums beauftragt. Die Regierung Kohl nahm über Emissäre Kontakt zum Kommissionsvorsitzenden Elie Wiesel auf, auch um Einfluss auf die Gestaltung des Museums zu nehmen. 1985 wurde zu diesem Zweck das »United States-German Committee on Learning and Remembrance« etabliert, das mit fünf Vertretern aus der US-amerikanischen Holocaust-Kommission und fünf deutschen Persönlichkeiten, darunter dem Historiker Klaus Hildebrand, besetzt

worden war. Bereits im Jahr darauf wurde die Kommission unter dem Nachfolger von Elie Wiesel wieder aufgelöst. Auch alle nachfolgenden Bemühungen der Regierung Kohl auf die Ausstellungskonzeption des künftigen Holocaust-Museums einzuwirken, in dem man etwa den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus oder die bundesdeutschen Wiedergutmachungsleistungen gegenüber Israel gewürdigt sehen wollte, scheiterten. Zugleich erwies sich die Angst der Bundesregierung vor einem vom Holocaust dominierten negativen Deutschlandbild in der US-amerikanischen Öffentlichkeit nach der Eröffnung des Museums im April 1993 als übertrieben.

Nicht nur aufgrund dieser Beobachtung kommt Eder zu dem Ergebnis, dass Kohl selbst einen geschichtspolitischen Lernprozess durchlief, der ihn in den 1990er-Jahren zu einem wichtigen Fürsprecher des Berliner Holocaust-Mahnmals werden ließ. So legt der Autor ein Paradoxon der Holocaust-Erinnerung offen, denn der gesamtgesellschaftliche Bewusstseinswandel resultierte auch aus diesen vergeblichen Abwehrreaktionen und der daraus gewonnenen Erkenntnis, dass gerade die Erinnerung an den Holocaust und das Bekenntnis zu einer aus den NS-Verbrechen resultierenden besonderen Verantwortung der Bundesrepublik das Bild des Landes in der Welt verbessern kann.

Zu diesen Paradoxa gehört auch die von Eder konstatierte Intensivierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den amerikanisch-jüdischen Interessenvertretungen, unmittelbar nachdem dieses Verhältnis wegen des gemeinsamen Besuch von Kanzler Kohl und US-Präsident Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg im Mai 1985 seinen Tiefpunkt erreicht hatte. Doch nicht nur in der Kontroverse um Bitburg legt Eder bei führenden deutschen Politikern und Medienvertretern antisemitische Vorurteile und Klischees offen. Immer wieder sprachen diese über den großen Einfluss, den »gewisse jüdische Kreise« (S. 72) in der US-amerikanischen Politik und in den Medien hätten. Auch wenn man der Argumentation des Autors, wonach die Verwendung dieser Stereotype auf einen »sekundären Antisemitismus« (Benz) auf höchster Regierungsebene schließen lasse, nicht unbedingt folgen muss, liest sich das Buch dennoch mit Gewinn. Denn Jacob Eder erinnert an den langen Weg der Bundesrepublik zu einem gesellschaftlichen Grundkonsens in der Erinnerung an den nationalsozialistischen Judenmord, dessen Erreichen keineswegs selbstverständlich, sondern von Um- und Abwegen, Fort- und Rückschritten, Kontinuitäten und Diskontinuitäten gekennzeichnet war. Er war das Ergebnis eines Jahrzehnte währenden innen- und außenpolitischen, konflikthaften Aushandlungsprozesses, dessen US-amerikanische Schlagseite Eder detailreich und solide präsentiert. Eders Buch erscheint zu einem Zeitpunkt an dem dieser Grundkonsens in Frage gestellt wird und sich seine Fragilität offenbart. Zu seiner Verteidigung liefert Eder gewichtige Argumente.

René Schlott, Potsdam

Zitierempfehlung:

René Schlott: Rezension von: Jacob S. Eder, Holocaust Angst. The Federal Republic of Germany and American Holocaust Memory since the 1970s, Oxford University Press, Oxford/New York etc. 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81816>> [28.2.2017].